

# Fachgespräch: „Wie viel Osten steckt noch in den Kindern?“

7.5.2026 - | Deutscher Bundestag

**Zeit: Mittwoch, 6. Mai 2026, 17 bis 18.30 Uhr Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 2.200.**

Ostdeutsch zu sein ist für **Kinder und Jugendliche, die in den neuen Bundesländern geboren wurden**, auch mehr als 35 Jahre nach der Wiedervereinigung, noch identitätsstiftend, im Positiven wie im Negativen. Das stellten die Sachverständigen im Fachgespräch der **Kinderkommission (Kiko)** zum Thema „Wie viel Osten steckt noch in den Kindern? – Generationenprägung, Identität und Zukunftschancen“ am **Mittwochabend, 6. Mai 2026**, gemeinsam mit der **Ostbeauftragten der Bundesregierung, Elisabeth Kaiser (SPD)**, fest.

Aber es macht nur einen Teil ihrer Identität aus, die sich aus vielen weiteren, regionalen und sozialen Bausteinen zusammensetzt. Oft werde ostdeutsch zu sein in den Medien in unzulässiger Weise verengt oder negativ dargestellt. Die Expertinnen mahnten an, die ostdeutschen Erfahrungen als gesamtgesellschaftlichen Wert anzuerkennen, strukturell begründete Nachteile für die Kinder und Jugendlichen auszugleichen sowie die Jugendarbeit und Räume für Demokratiebildung und Selbstwirksamkeit nachhaltig zu fördern.

## **Kaiser: DDR-Sozialisation wird in Familien weitergegeben**

Deutschland ist nun fast genauso lange wiedervereint wie es geteilt gewesen ist, stellte Elisabeth Kaiser fest. Aber die DDR-Sozialisation werde in den Familien weitergegeben an die Generationen, die nach der Wiedervereinigung geboren und groß geworden sind. Durch die Wiedervereinigung habe man die Freiheit erhalten. Aber bis heute enthalte die kollektive ostdeutsche Identität das Erlebnis, abgewertet zu werden. Ostdeutsche seien in Führungspositionen unterrepräsentiert. Kinder und Jugendliche aus den ostdeutschen Bundesländern, aus ostdeutschen Elternhäusern, hätten außerdem mit schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen.

Aus der materiellen Benachteiligung resultiere eine Benachteiligung im Bildungsweg. Noch heute ergriffen ostdeutsche Jugendliche weniger oft ein Studium oder studierten seltener im Ausland als ihre westdeutschen Altersgenossen. Ein weiteres Problem stelle der Wegzug junger Menschen aus dem ländlichen Raum dar. In der Folge würden Infrastrukturen für junge Leute vor Ort abgebaut. Die Beeinträchtigung junger Menschen durch solche strukturellen Unterschiede sei die Politik bereits angegangen. So würden der Mindestlohn, das Tariftreuegesetz oder die Frühstartrente im Osten in besonderer Weise ihre Wirkung entfalten, um die wirtschaftliche Situation von Familien zu verbessern.

## **„Den Osten neu erzählen“**

In strukturschwachen Regionen und im ländlichen Raum gelte es, Programme und Angebote für Kinder und Jugendliche zu erhalten und auszubauen, durch die diese Teilhabeerfahrungen machen und sich für ihre Zukunft engagieren würden, mahnte die Staatsministerin. Sie werde die Bundesfamilienministerin dafür sensibilisieren, dass bewährte Strukturen der Jugendarbeit, wie Förderungen durch das Programm „Demokratie leben“ oder die Bildungsarbeit der Bundeszentrale

für Politische Bildung, nicht gefährdet werden. „Wenn das wegbricht, dann können wir das nicht so schnell wieder aufbauen.“

Es musste viel Zeit vergehen, aber heute geht die junge Generation viel „Ost-bewusster“ mit ihrer Identität um, fand **Lisa Trebs** von der **Initiative K\_einheit**. „Wir sind zwar in Einheit aufgewachsen, aber so richtig vereint fühlen wir uns noch nicht.“ Um herauszufinden, woran das liegt und was das bedeutet, sowie um der jungen Generation eine Stimme zu geben, hätten sie sich mit ihrer Initiative vor vier Jahren auf Spurensuche begeben und erzählten „K\_Einheitsgeschichten“. Damit stellen sie sich gegen einseitige mediale Zuschreibungen und Klischees. Ziel sei, „den Osten, mit seinen vielfältigen Lebensrealitäten, neu zu erzählen“, die Zukunft dort mitzugestalten und dazu „viel mehr mit den Ostdeutschen selbst“ zu sprechen.

## „Viele Perspektiven werden nicht gesehen“

Förderungen und Institutionen seien nicht so ausgebildet wie im Westen, gab Trebs zu bedenken. Man müsse „dahin gehen, wo junge Menschen sind“ und ihnen das Gefühl vermitteln, etwas bewirken und verändern zu können. Um sich auszutauschen und Selbstwirksamkeit zu erfahren, müsse man auch den digitalen Raum nutzen. Die Initiative versuche außerdem, physische Gelegenheiten, Treffpunkte zu schaffen, um sich auszutauschen, auch, um, gerade auf dem Land, Begegnungen zwischen Jung und Alt herbeizuführen, sagte **Vanessa Beyer**, ebenfalls **Initiative K\_einheit**. Das landläufige Verständnis der „Ostidentität“ werde der Gruppe junger Ostdeutschen meist nicht gerecht, sondern sei zu pauschal und „exkludierend“.

Der Osten sei zudem heute viel mehr als nur die ehemalige DDR. „Es passiert viel mehr. Viele Perspektiven werden nicht gesehen.“ Es kämen ja auch neue Leute dorthin und gestalteten diesen Teil Deutschlands mit. Extreme politische Einstellungen seien vermutlich nicht so sehr eine Frage von Ost oder West, sondern eine von Stadt versus Land und wohlhabend versus strukturschwach, sie verdichteten sich also allgemein eher in strukturschwachen Gegenden - und die gebe es auch im Westen. Beyer rief dazu auf, die spezifischen Erfahrungen des Ostens wahrzunehmen und zu nutzen. „Viel passiert dort zum ersten Mal, Strategien werden dort erdacht, die dann auch anderswo gefragt sind. Es entstehen Lösungen für neue Herausforderungen, die wir insgesamt als Gesellschaft haben.“

## Expertin: Es gibt wirtschaftlichen Aufholbedarf

Die Nachwende-Generation „trägt noch immer einen unsichtbaren Rucksack ihrer Eltern aus der DDR mit sich“, sagte **Nora Zabel**, **Autorin des Buches „Vereint in Zerrissenheit“**. Es gebe im Osten mehr ländliche Regionen als Städte. Die jungen Leute hätten mit mehr Herausforderungen zu kämpfen als ihre westdeutschen Altersgenossen. Extreme Sichtweisen seien verbreiteter, die Anfälligkeit für einfache Narrative und Antworten größer, das Vertrauen in Institutionen und Parteien sei nicht so ausgeprägt. Am Ende der Schulzeit stelle sich die Frage: Bleibe ich in einer Atmosphäre des geistigen Stillstands oder gehe ich, um Karriere zu machen? Im Westen werde man dann auf andere Weise mit seiner Ost-Herkunft konfrontiert. Viele Ostdeutsche hätten ein mangelndes Selbstwertgefühl.

In den 35 Jahren nach der Wiedervereinigung sei vieles gut verlaufen, aber wirtschaftlich gebe es Aufholbedarf, es bestehe eine Chancenungleichheit. Viele von denen, die da bleiben, seien frustriert und würden sich weniger einbringen. Engagement wurde nicht gelehrt und gelernt, sagte Zabel. Es fehlten Vorbilder, um sich hochzuarbeiten. Ostdeutsche seien daher in der Arbeitswelt nicht so repräsentiert. Sie erlebten stattdessen, dass andere weiterkommen als sie und ihre Eltern. Politische Entscheidungen in Berlin würden als Fremdbestimmung wahrgenommen. Um junge Ostdeutsche

aus der Lethargie zu holen und für die Demokratie zu gewinnen, müssten Parteien, Institutionen und Initiativen „mehr ausströmen“, aufs Land, und vor allem an den Schulen wirken. (11/07.05.2026)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw19-pa-kiko-1174546>